

Einigkeit beim Nein zum Fracking

Podiumsdiskussion von Parteivertretern – Sicherheit bleibt die Gretchenfrage

Von Barbara Rau

LEUTKIRCH - Seltene Einmütigkeit unter den Vertretern verschiedener Parteien hat bei der Podiumsdiskussion zum Fracking im Leutkircher Bocksaal geherrscht. Das Energiebündnis gab im Vorfeld der Europawahl Bürgern die Möglichkeit, den politischen Vertretern bei diesem strittigen Thema auf den Zahn zu fühlen.

Edmund Dehnel vom BUND übernahm im vollbesetzten Bocksaal den Part des Warners. Derzeit sei in der Region einer britischen Firma zwar nur die Erkundung erlaubt und eine Gewinnung „noch relativ weit weg“, aber wenn die Politik nicht widerspreche, wäre eine Erlaubnis durchs Bergbauamt möglich. 1,3 Billionen Kubikmeter Schiefergas unter Deutschland, „das ist verlockend“, erklärte Birgit Müller vom Landesforschungszentrum Geothermie in Karlsruhe. Sie erläuterte wissen-

schaftlich sachlich die technischen Abläufe des korrekt als „hydraulic fracturing“ bezeichneten Verfahrens zur Gewinnung von Schiefergas.

Chemiecocktail im Grundwasser?

Gas kommt unter Oberschwaben unterirdisch im Schiefergestein vor, das man sich als Schwamm vorzustellen hat. Um das Gas zu fördern, sind nach einer senkrechten Bohrung auch horizontale Bohrungen notwendig. Mit Überdruck werden Risse erzeugt. Und damit diese nicht schnell wieder zugehen, muss Flüssigkeit, die sogenannten Fracfluide, eingepumpt werden. An diesen entzündet sich die Diskussion, denn die Unsicherheit ist groß, was dieser Chemiecocktail im Grundwasser anrichten kann. Als Risiken nannten Müller und Dehnel gleichermaßen den Aufstieg von Fracflüssigkeit, aber auch Unfälle beim Transport dieser Flüssigkeit. „Wenn Sie ehrlich zu sich sind, dann müssten Sie den

Transport von Benzin und Diesel am Bodensee auch verbieten“, mahnte die Wissenschaftlerin.

Gefährlich wäre auch der Aufstieg von Methan, der viel wahrscheinlicher ist als der Aufstieg von Fracflüssigkeit. Die Fracfluide sind schwerer als Wasser, steigen ohne Frac durch das dichte Deckgestein gar nicht nach oben. „Maximal 48 Meter“, erklärte Müller – doch das gefährde das Grundwasser nicht. Das entzündliche und klimarelevante Gas Methan kam in der anschließenden Diskussion jedoch nicht zur Sprache.

Maria Heubuch (Grüne), Lucia Fischer (ÖDP), Gotthold Balensiefen (SPD), Daniel Gallasch (FDP) und Waldemar Westermayer (CDU) wa-

ren sich in ihrem Nein zum Fracking einig, solange es keine 100-prozentige Sicherheit gebe. Westermayer und Balensiefen wollten die Technik, so-

„Dann müssten Sie den Transport von Benzin und Diesel am Bodensee auch verbieten.“

Birgit Müller vom Landesforschungszentrum Geothermie

fern sie weiterentwickelt und ohne Chemikalien möglich wäre, „nicht für alle Zeiten ausschließen“. Sie waren sich aber auch einig, dass diese Gasgewinnung derzeit nicht gebraucht werde – trotz Energiekrise und Ukraine-Krise. „Es ist fraglich, ob es im Süden überhaupt jemals wirtschaftlich nutzbar ist“, sagte Balensiefen. Er gab auch zu bedenken, dass importiertes Gas häufig unter Ausbeutung der Umwelt und Missachtung der Menschenrechte gefördert werde.

Gallasch beleuchtete die kommunalpolitische Seite. Denn Landkreis oder Gemeinden haben, da nach Bergbaurecht entschieden wird, keinen direkten Einfluss auf das Fracking. Im Gegensatz zur Erschließung eines Baugebiets sei dafür keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig.

Keine 100-prozentige Sicherheit

Fischer erinnerte daran, dass in den USA bei dieser Technik „der Hahn schon wieder abgedreht wird“ und plädierte fürs Energiesparen. Heubuch fürchtete, dass bei Abwägung wirtschaftlicher Interessen letztlich das Risiko in Kauf genommen wird. 100-prozentige Sicherheit gebe es nie, auch Atomkraft sei jahrzehntlang als sicher bezeichnet worden.

Berthold König vom Energiebündnis bedauerte am Ende, dass bei der Diskussion die erneuerbaren Energien als Alternative nicht vorkamen.